

AfD-Fraktion Bergisch Gladbach, Konrad-Adenauer-Platz 1 · 51465 Bergisch Gladbach

Rathaus Bergisch Gladbach
Bürgermeister Marcel Kreutz
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

Bergisch Gladbach, 06.10.2026

Antrag zur Sache gemäß § 17 Abs. 1 Geschäftsordnung

Keine Grundsteuererhöhung für die Straßenreinigung

zu TOP Ö 16 „Umstellung Verfahren Straßenreinigungsgebühr 2027“ (Vorlage 0541/2026),
Sitzung des Rates am 13.10.2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die AfD-Fraktion beantragt, anstelle des Beschlussvorschlags der Verwaltung folgenden Beschluss zu fassen. Wir beantragen, über die Ziffern 1 bis 3 einzeln abzustimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt:

- 1. Die Finanzierung von Straßenreinigung und Winterdienst wird nicht auf die Grundsteuer B umgestellt. Die Gebührenfinanzierung bleibt bestehen.**
- 2. Der Hebesatz der Grundsteuer B wird zur Finanzierung der Straßenreinigung nicht angehoben.**
- 3. Die Verwaltung legt dar, durch welche Kostensenkungen bei Straßenreinigung und Winterdienst die Gebühren ab 2027 stabil gehalten werden können.**

Begründung

Nach Vorlage 0541/2026 soll der bisher über Gebühren finanzierte umlagefähige Kostenanteil von 1.183.899,89 € künftig über die Grundsteuer B finanziert werden.

Dafür ist eine Anhebung des Hebesatzes um anteilig 24 Punkte vorgesehen.

Das wäre die zweite Grundsteuererhöhung binnen eines Jahres, nachdem der Rat die Hebesätze am 24.03.2026 angehoben hat.

Nach Ziffer 7 des Haushaltsbegleitbeschlusses vom 24.03.2026 kommen Grundsteuererhöhungen nur als letztes Mittel in Frage und sind zu vermeiden.

Die Gebühr ist an die Kosten der Leistung gebunden und macht sie sichtbar.

Über die Steuer geht diese Transparenz verloren.

Finanzielle Auswirkungen

- Keine Mehraufwendungen oder Mindererträge gegenüber dem Haushaltsplan.
- Die bestehende Gebührenfinanzierung wird fortgeführt.

Mit freundlichen Grüßen



Florian Fornoff

Fraktionsvorsitzender

für die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach